

LEITARTIKEL

Die GdP bleibt am Ball

Nach der Landtagswahl in Schleswig-Holstein –
Gedanken des GdP-Landesvorsitzenden Torsten Jäger

Kiel – Wir haben uns viele Monate auf die Landtagswahlen vorbereitet und den Wettstreit der Demokraten gewerkschaftspolitisch begleitet. Ziel war es, die gewerkschaftspolitischen Überzeugungen der GdP für die Interessen unserer Mitglieder in die parteipolitischen Programme einfließen zu lassen oder verlässliche Aus- und Zusagen der SpitzenkandidatInnen zu erreichen. Wesentliche Grundlagen unserer Arbeit waren dabei auch die Beschlüsse unseres 32. Delegiertentages in Travemünde vom November letzten Jahres **„Zukunft Gemeinsam Gestalten – mit klarer Haltung“**. Dabei sind insbesondere die Leitanträge „Wie viel und welche Polizei für Schleswig-Holstein 2.0“, die sogenannten „Wahlprüfsteine“ und auch die „Resolution zur Wiederherstellung der Ruhegehaltsfähigkeit von Polizei- und der sogenannten „Gitter“-Zulage im Justizvollzugsdienst“ zu nennen. Es wurden viele Gespräche mit den KandidatInnen aller demokratischen im Landtag vertretenen Parteien geführt. Höhepunkte waren sicherlich unsere Veranstaltung mit den SpitzenkandidatInnen am 29. März im Kieler Hotel Atlantik **„Wahlcheck – GdP-Qualitätskontrolle“** vor ca. 100 Gästen mit Liveübertragung im Offenen Kanal Kiel und auf YouTube sowie die Wahlarena des DGB am 28. April im Alten Kieler Güterbahnhof.

Viel vorbereitende gewerkschaftliche Überzeugungsarbeit, die Informationen darüber für die Mitgliedschaft und der Aufruf zur Wahlteilnahme waren der Landtagswahl vorausgegangen. Kurz nach der Wahl

mit dem feststehenden Ergebnis über die Mandatsverteilung im Landtag wird unsere Arbeit aber nicht beendet, sondern wird von uns zu intensivieren sein.

Wir gratulieren den demokratischen VertreterInnen zum Einzug in den neuen Landtag und wünschen einer neuen Regierung viel Erfolg für das Wohl der Menschen in diesem Land.

Mit 60 Prozent war die Wahlbeteiligung zwar unbefriedigend. Dennoch gab es auch einen echten Lichtblick zu verzeichnen: Mit Erleichterung und Genugtuung haben wir deshalb registriert, dass die AfD bei der Landtagswahl aus dem Parlament ausgeschieden ist. Zur Erinnerung: Die GdP hatte bereits im vergangenen Jahr einen Unvereinbarkeitsbeschluss zur AfD-Mitgliedschaft gefasst und dafür große Zustimmung erfahren.

Es werden Sondierungs- und Koalitionsverhandlungen anstehen, um die unterschiedlichen Parteiinteressen zusammenzuführen und um letztendlich eine Regierungsbildung zu ermöglichen. In diesen Tagen und Wochen wird es für uns darum gehen, möglichst viele unserer Positionen den „Unterhändlern“ der verhandelnden Parteien mit auf den Weg zu geben.

Wir werden unsere guten Kontakte zu allen demokratischen Parteien nutzen. Selbstverständlich agieren wir zusammen mit dem DGB und unseren Partnergewerkschaften ver.di und GEW im Themenbereich öf-



Foto: Thomas Gründemann

Der GdP-Landesvorsitzende Torsten Jäger vor dem schleswig-holsteinischen Landtag

fentlicher Dienst und Innere Sicherheit, um möglichst viele unserer Positionen konkret in einem zukünftigen Koalitionsvertragswerk zu verankern.

Zunächst werden das sein:

- Zeit-, inhalts- und wirkungsgleiche Übertragung der Tarifabschlüsse für die Tarifbeschäftigten der Länder auf die Besoldung und Versorgung der Beamtinnen und Beamten. Dabei ist zu verhindern, dass VersorgungsempfängerInnen durch immer neue Ideen der Arbeitgeberseite abgekoppelt werden.
- Wiederherstellung der Ruhegehaltfähigkeit der Stellenzulagen für Polizei und Justizvollzug.
- Klare Aussagen, Strategien und Maßnahmenpakete zur Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst und Entwicklung von geeigneten Maßnahmen, um Beschäftigte im öffentlichen Dienst vor Gewalt zu

DP – Deutsche Polizei
Schleswig-Holstein

Geschäftsstelle
Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel
Telefon (0431) 17091
Telefax (0431) 17092
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion
Thomas Gründemann (V.i.S.d.P.)
Geschäftsführender Landesvorstand
Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel
Telefon (0431) 1709-1
gdp-schleswig-holstein@gdp.de



schützen. Alleine Wertschätzungsreden reichen nicht aus!

- Immer mehr Menschen verlieren den Glauben an die Werte unserer Demokratie. Andere werden durch soziale Unwuchten und Armutsgefahren in unserer Gesellschaft abgehängt. Diese riesigen Gefahren sind mit hoher Relevanz politisch und gesellschaftlich anzugehen. Sie gefährden nicht nur den gesellschaftlichen Zusammenhalt und Konsens, sondern auch die Innere Sicherheit!
- Konkretisierung von zusätzlichen Personalbedarfen und Einstellungsplanungen, z. B. zur Einrichtung einer zweiten Einsatzhundertschaft und Stärkung zur Bekämpfung der Cyberkriminalität im weiteren Sinne. Auftretenden Kriminalitätsentwicklungen wie z. B. dem sexuellen Missbrauch von Kindern, der Terrorgefahr, der Hasskriminalität, Bedrohungen und Hetze im Netz muss wirksam begegnet werden können.
- Fortsetzung der Personalstrukturmaßnahmen in allen Laufbahnzweigen und -abschnitten im Polizei- und Justizvollzug. Schaffung ernsthafter und verlässlicher

Berufsperspektiven auch im tariflichen Bereich. In Zeiten des Fachkräftemangels müssen die Berufsangebote im Polizei- und Justizvollzugsdienst attraktiv gestaltet sein.

- Beamtinnen und Beamten ohne Nachteile die freiwillige Versicherung in der gesetzlichen Krankenversicherung ermöglichen – Hamburger Modell der pauschalen Beihilfe.
- Arbeits- und Gesundheitsschutz sollen als Regierungsziel verankert werden. Dabei sind Fragen der Arbeitszeitgestaltung und Anrechnung, z. B. von Bereitschaftszeiten, einer schnellen Lösung zuzuführen. Daraus entstehende Personalverbräuche sind zu kompensieren. Belastungskompensationen sind für alle Bereiche der Landespolizei und des Justizvollzuges als Zielrichtung zu definieren.

Der Sachhaushalt für die Polizei muss auskömmlich am Bedarf orientiert ausgestaltet werden. Fahrzeugausstattungen, Aus- und Fortbildungen, Supervisionen, Ausrüstungen, Einsatztraining, Munition, DEIG, Bodycam dürfen nicht durch ausschließliche Haushaltsbegründungen begrenzt werden. Die teilweise desolante

Gebäude- und Unterbringungssituation ist intensiv und beschleunigt zu bearbeiten. Kosten für den Einsatz anlässlich des G7-Außenministertreffens waren aus dem laufenden Polizeihaushalt vorzufinanzieren. Diese „vorgestreckten“ Kosten müssen insbesondere aus dem Bundeshaushalt, aber auch aus den sonstigen Haushalten des Landes in den geplanten Polizeihaushalt zurückfließen, um nicht mit einer riesigen Hypothek in die neue Legislatur zu starten.

Wir werden auch mit den neuen AnsprechpartnerInnen im Parlament und der zukünftigen Landesregierung das vertraute Gespräch suchen. Mit mehr als 200.000 Mitgliedern bundesweit und etwa 6.100 Mitgliedern in Schleswig-Holstein fundiert unsere GdP-Arbeit auch auf Mitgliederstärke und einer sehr guten Vernetzung in der Verwaltungsorganisation. Wir werden aber immer zunächst durch Argumente, Sachlichkeit und Fachkunde überzeugen wollen und bieten unseren demokratischen Gesprächspartnern auch weiterhin eine Verlässlichkeit unserer Worte – und erwarten natürlich eine gleiche Gegenleistung.

Torsten Jäger

LANDESVORSTAND

Anträge für Bundeskongress verabschiedet

Von **Thomas Gründemann**

Lehmkuhlen – Anfang Mai hat der GdP-Landesvorstand in Lehmkuhlen seine 2. Sitzung nach dem Delegiertentag im November vergangenen Jahres abgehalten. Auf der Tagesordnung stand unter anderem die Behandlung der nachfolgenden Anträge des Landesbezirks, die beim 27. Bundeskongress im September zur Befassung eingebracht werden.

Förderung von Frauen in Führung

Ein Antrag für den Bundeskongress sieht eine Förderung von Frauen in Führung vor. Nach den Vorstellungen der schleswig-holsteinischen GdP soll sich der Bundesvorstand der Förderung von Frauen der GdP in Bezug auf ihre Weiterentwicklungsmöglichkeiten innerhalb der Polizeien der Länder und des Bundes annehmen, indem explizit für diese

Zielgruppe Informationsveranstaltungen angeboten werden, um die Möglichkeiten eines Laufbahnaufstiegs sowie Ablauf und Durchführung transparenter zu machen.

Die Zahl der Frauen im Bereich der Aufstiegsverfahren sei noch immer deutlich geringer als die der Männer, heißt es in der Begründung. Gerade Frauen falle die Entscheidung für das Aufstiegsverfahren unter Berücksichtigung ihrer Lebenssituation (Familie, Kinder, Dienst ...) schwer, weil sie sich diese Herausforderung als zusätzli-

che Belastung vorstellten. Diese Veranstaltung solle den Frauen in einem Kreis von „Gleichgesinnten“ die Möglichkeit eröffnen, sich umfassend über die Aufstiegsverfahren zu informieren. Weiterhin solle sie den Kolleginnen die Möglichkeit eröffnen, ihre eigenen Sorgen und Vorbehalte in Bezug auf ihre Fortbildungschancen frei vortragen zu können. Eine derartige Veranstaltung sollte nach Auffassung der Landes-GdP von Kolleginnen begleitet werden, die einen Aufstieg erfolgreich beendet haben. Diese Erfahrungsbe-



Foto: Thomas Gründemann

Pausenfoto: Die Teilnehmer der GdP-Landesvorstandssitzung in Lehmkuhlen.



richte könnten motivierend auf die Kolleginnen wirken, sodass es im Ergebnis selbstverständlicher auch für Frauen sein werde, sich für ein Aufstiegsverfahren zu entscheiden.

Einführung eines Tages der Polizei

Ein weiterer Antrag der GdP Schleswig-Holstein sieht vor, dass der Bundesvorstand sich der Einführung eines „Tages der Polizei“ annehmen soll. Aufgrund der Symbolik sollte es der 1.10. eines jeden Jahres sein, so der Vorschlag. In seiner Begründung unterstreicht der Landesvorstand, dass es unterschiedlichste Gruppen seien, ob gemeinnützige Organisationen oder auch kommerzielle Unternehmen, die weltweit einen Aktionstag im Jahr nutzten, um auf ihre Belange aufmerksam zu machen. Vom Kinderkrebstag über den Welt-Aids-Tag bis hin zum „Tag der Spaghetti“ oder zum „Tag des Brotes“ gebe es zahlreiche – zum Teil auch skurrile – Aktionstage.

Ein solcher „Tag der Polizei“ böte der Gesellschaft und der Politik die Möglichkeit, ihre Wertschätzung gegenüber der Polizei zum Ausdruck zu bringen. Im Gegenzug könne die Polizei an diesem Tag zeigen, dass sie in der Mitte der Gesellschaft verankert ist. Durch die Symbolik des 1.10. als Notrufnummer sei dieses Datum einprägsam und stellt den Bezug zur Polizei her.

Fortführung der Digitalisierung der Polizei

Ein anderer Antrag der Landes-GdP sieht vor, dass der Bundesvorstand Bemühungen anstellen solle, dass die Digitalisierung der Polizei weiter voranschreitet und dadurch eine spürbare Erleichterung der täglichen Arbeit für Polizeibeamt:innen aller Bereiche bewirkt werden kann.

Der Digitalisierung komme inzwischen in nahezu jedem Bereich des öffentlichen Lebens eine besonders wichtige Rolle zu, so der Landesvorstand. „Treffend wäre wohl zu sagen, wir befinden uns in einer Umbruchphase von einem analogen zu einem digitalen Zeitalter“, heißt es wörtlich im Antrag. Mithilfe moderner und digitaler Technologien wäre eine Entlastung der Polizeibeamt:innen, die mit Ermittlungsarbeit betraut seien, aber auch

der Beamt:innen des operativen Dienstes, möglich. Mithilfe der beispielsweise in Schleswig-Holstein neu angeschafften dienstlichen Smartphones habe bereits eine spürbare Erleichterung der täglichen Arbeit für Schutzpolizist:innen im Streifendienst geschaffen werden können. Eine schnellere Datenspeicherung und -übermittlung sei durch diese Geräte bewirkt worden. Sicher sei, dass nicht nur die tägliche Arbeit erleichtert oder beschleunigt würde, sondern durch die Vielzahl digitaler Möglichkeiten flexiblere Arbeitszeiten ermöglicht würden und diese zu einer verbesserten Vereinbarkeit von Leben und Beruf sowie einer erhöhten Arbeitszufriedenheit in vielen Bereichen führen könnten.

Förderung des Homeoffice

Nach der Vorstellung der Landes-GdP solle sich der Bundesvorstand dafür einsetzen, dass die Möglichkeiten, einen Teil der regulären Arbeitszeit im Homeoffice zu arbeiten, weiter ausgebaut und die hierfür erforderlichen Mittel (technische Ausstattung) den Mitarbeiter:innen zur Verfügung gestellt werden.

Das Arbeitsmodell Homeoffice sei längst keine Ausnahme mehr, die Arbeitnehmer:innen sparten nicht nur Zeit (Pendeln), sondern könnten auch Familie und Beruf besser in Einklang bringen. Dies führe wiederum zu mehr Flexibilität in der Arbeitsgestaltung und damit einhergehend auch zu einer nachgewiesenen höheren Produktivität der Arbeitnehmer:innen. Diese Verbesserung der Work-Life-Balance wirke sich bei den Arbeitnehmer:innen auch positiv auf ihre Berufszufriedenheit aus.

Nachhaltigkeitskonzept der GdP

Ein Antrag der schleswig-holsteinischen GdP sieht als Aufgabe für den Bundesvorstand vor, dass innerhalb der Organisation GdP ein Konzept zur Nachhaltigkeit entwickelt werden soll.

Aufgrund des voranschreitenden Klimawandels und der damit einhergehenden Bedeutung für die Gesellschaft sowie der gesamtgesellschaftlichen Aufmerksamkeit, solle eine Arbeitsgruppe eingerichtet werden mit dem Ziel, ein Nachhaltigkeitskon-

zept für die GdP zu erstellen. Dies insbesondere vor dem Hintergrund der mit den erhöhten Neueinstellungen verbunden eingesetzten Werbemittel und der voranschreitenden Digitalisierung (Online-Sitzungen etc.). Des Weiteren habe die GdP hier als größte Polizeigewerkschaft eine nicht zu unterschätzende soziale Verantwortung und Vorbildfunktion.

Einsatzverpflegung in geschlossenen Einsätzen

So soll nach Vorstellungen der GdP Schleswig-Holstein eine Erweiterung des ständigen Angebotes der Einsatzverpflegung in geschlossenen Einsätzen um eine vegane Komponente durch den Bundesvorstand angestrebt werden.

In geschlossenen Einsätzen sei eine zentrale Versorgung mit Nahrungsmitteln zur Aufrechterhaltung der körperlichen Einsatzfähigkeit und aus gesundheitlichen Gründen sicherzustellen. Beispielsweise würden zu diesem Zwecke in Schleswig-Holstein zurzeit drei Varianten von Einsatzbeuteln angeboten: „Standard“, „Ohne Schweinefleisch“ und „Vegetarisch“.

Vegane Ernährung erfreue sich seit einigen Jahren, teils aus gesundheitlichen, teils aus ethischen Motiven, stetig zunehmender Akzeptanz und Beliebtheit, so die Begründung. Auch unter Einsatzkräften der Polizei steige die Zahl der Kolleginnen und Kollegen, die sich vegan ernährten oder zumindest vegane Lebensmittel in ihre Ernährung einbinden würden. Häufig werde von dem Angebot veganer Verpflegung wohl deshalb Abstand genommen, weil der Bedarf als zu gering eingeschätzt werde bzw. nicht bekannt sei. Eine nicht repräsentative Abfrage bei Einsatzkräften in Schleswig-Holstein ergab einen Bedarf von 6,2 Prozent der Kolleginnen und Kollegen. Ausgehend von weiteren Äußerungen im Rahmen dieser Abfrage sei davon auszugehen, dass diverse Kräfte, die jetzt den vegetarischen Beutel nehmen, auch stattdessen ein veganes Angebot in Anspruch nehmen würden. Somit dürfte der Bedarf bzw. das Bedürfnis tatsächlich noch höher sein. Es sei Satzungsverpflichtung, sich auch für die ökologischen, gesundheitlichen und gesellschaftlichen Interessen von kleineren Gruppen in unserer Mitgliedschaft einzusetzen, so die Auffassung der Landes-GdP. ■



Über diesen QR-Code ist die Umfrage von Birte Glißmann zu erreichen.

GdP und CDU im Austausch zur Digitalisierung

Kiel – Zu einem intensiven Austausch kam die Gewerkschaft der Polizei mit Birte Glißmann (Foto) zusammen. Die 29-Jährige ist nicht nur die Vorsitzende der Jungen Union in Schleswig-Holstein, sondern als Staatsanwältin in Itzehoe bestens mit der polizeilichen Aufgabenvielfalt vertraut.

Für die GdP nahmen der Stellvertreter Landesvorsitzende Sven Neumann, Benedict Ispas vom Fachausschuss Kriminalpolizei und Rainer Bretsch an dieser Videokonferenz teil.

In dem gut einstündigen Austausch ging es um die Fragen zur Digitalisierung der Landespolizei. Die GdP-Vertreter sprachen die Themen „PIAV, @rtus mobile“, den „elektronischen Rechtsverkehr“ und viele weitere Themen an.

Birte Glißmann konnte so erfahren, warum die Erfassung von Ausweisdokumenten über das mobile @rtusystem der Landespolizei problematisch ist und welche Gesetze durch Politik geändert werden sollten, um eine verlässlichere Erfassung zu ermöglichen. Auch wurden die Abfragen über die mobilen Geräte im Fahndungsnetz angesprochen. Im Abgleich mit den Einsatzleitstellen wäre hier eine bessere technische Umsetzung denkbar.

Benedict Ispas berichtet von seiner Arbeit im „PIAV-Analyseverbund“ und den damit verbundenen Schwierigkeiten.

Am Ende fragte die JU-Vorsitzende die Haltung der GdP-Vertreter zum aktuellen Dienstausweis in der Landespolizei ab. Hier konnten die GdP-Vertreter berichten, dass es



Foto: GdP

zeitnah nun endlich einen digitalen Dienstausweis geben soll. Diese schon ewig geforderte Verbesserung werde nun endlich zum Abschluss gebracht.

Birte Glißmann erhält für die stärkere Digitalisierung im Bereich der Inneren Sicherheit eine Förderung von Join Politics.

Aus dieser Förderung leitet sie auch noch weitere Fragen an die Kolleginnen und Kollegen ab. Die GdP hat ihr bei der Beantwortung der Fragen Unterstützung zugesagt. ■

AUS DEN REGIONALGRUPPEN

Trauriger Rekord für Lübecker Polizei

Weitere Zunahme der Gewalt gegen Ordnungshüter +++
GdP-Regionalgruppe Lübeck-Ostholstein reagiert fassungslos



Jörn Löwenstrom

beck-Ostholstein auf den erneuten Anstieg des Widerstands gegen und tätlicher Angriffe auf Polizeibeamte im vergangenen Jahr reagiert. Laut Polizeilicher Kriminalstatistik haben die registrierten Attacken auf die Polizistinnen und Polizisten im Vergleich zu den Vorjahren spürbar zugenommen. So wurden um zehn Prozent erhöhte Fallzahlen festgestellt. Die Zahl der Delikte stieg 2021 auf insgesamt 253 Delikte an, im Jahr 2020 lag sie noch bei 230.

Ein trauriger Rekord aus Sicht der GdP-Regionalgruppe: Der Anteil der Widerstandsdelikte ist mit 19,08 Prozent aller Fälle in Schleswig-Holstein in Lübeck besonders hoch. „Das ist unerklärlich und nicht zu fassen. Wir verurteilen jeden Angriff auf unseren Kolleginnen und Kollegen. Auch verbale Entgleisungen gegenüber Polizistinnen und Polizisten sind schon nicht ansatzweise zu tolerieren. Gerade weil sich die schleswig-holsteinischen Polizistinnen und Polizisten nach wie vor als Bürgerpolizei verstehen“, so der GdP-Vorsitzende Jörn

Löwenstrom. Der polizeiliche Alltag sei geprägt von Ausnahmesituationen, in denen Ad-hoc-Entscheidungen bis zu Eingriffen in die körperliche Unversehrtheit und Freiheit getroffen werden müssten. Polizistinnen und Polizisten kämen deshalb oft in unabsehbare Situationen, in denen sie unterschiedlichen Formen von Aggressionen ausgesetzt seien. „Allein schon deshalb müssen sie die maximale Rückendeckung von Gesellschaft und Politik hinter sich haben“, erklärt Löwenstrom. Trotz dieser erschreckenden Zahlen vertraue die Polizei nach wie vor auf die Rückenstärkung der großen Mehrheit in der Bevölkerung, unterstreicht der GdP-Regionalgruppenvorsitzende. „Neben einem bemerkenswerten Berufsethos unserer Kolleginnen und Kollegen hilft ihnen diese Rückenstärkung, um den anspruchsvollen und belastenden dienstlichen Alltag erfolgreich zu schultern“, erklärt Jörn Löwenstrom. Die GdP-Regionalgruppe Lübeck-Ostholstein verfügt über fast 650 Mitglieder. ■

Lübeck – Mit Fassungslosigkeit hat die Gewerkschaft der Polizei, Regionalgruppe Lü-



AUS DEN REGIONALGRUPPEN

Ehrung für viele treue GdP-Mitglieder

Jahreshauptversammlung der GdP-Regionalgruppe Schleswig-Holstein-Mitte in Präsenz



Fotos (2): Thomas Gründemann

Langjährige Mitglieder der Regionalgruppe wurden vom GdP-Landesvorsitzenden Torsten Jäger (4. v. r.) sowie Yannick Porepp (l.) und Carsten Franke (r.) für ihre Treue geehrt.

Rendsburg – Lange hatte der Vorstand der GdP-Regionalgruppe Schleswig-Holstein-Mitte darauf warten müssen. Mitte April war es dann aber so weit: Die Jahreshauptversammlung konnte im Nordkolleg wieder in Präsenz abgehalten werden.

Der Regionalgruppenvorsitzende Ulrich „Egon“ Bahr selbst musste aufgrund einer Coronaerkrankung kurzfristig passen.

Für ihn übernahmen seine beiden Stellvertreter Carsten Franke und Yannick Porepp seine Aufgaben, während Jörg-Thomas Voß als gewählter Versammlungsleiter problemlos durch die Tagesordnung führte.

Dazu gehörten nach der einstimmigen Entlastung des Vorstands auch die Wahlen, bei denen Carsten Franke und Yannick Porepp in ihren Funktionen als Stellvertretende Vorsitzende der 584 Mitglieder zählenden Regionalgruppe bestätigt wurden. Auch Helge Stolze als Stellvertretender Schriftführer erhielt für zwei Jahre einen erneuten Vertrauensbeweis. Zum Stellvertretenden Kassierer wurde in Abwesenheit Florian Marquardt gewählt. Der GdP-Landesvorsitzende Torsten Jäger gratulierte den Gewählten und richtete ein Grußwort an die Versammlung.

Zu den Höhepunkten der Jahreshauptversammlung gehörte die Ehrung treuer GdP-Mitglieder. Herausragend waren dabei die Auszeichnungen von Ulrich Dierig, Werner Hoppe und Harald Kreft für 60-jährige GdP-Zugehörigkeit.

Auf ein halbes Jahrhundert Gewerkschaftsmitgliedschaft blicken Harald Bellinghausen und Herbert Lorenzen zurück. Vor 40 Jahren traten Jörg Schmidt, Rainer Tödt, Jörg Muhlack, Thomas Arndt und Rüdiger Ahrens der GdP bei, vor 25 Jahren Rainer Jobst und Jan Lassen.

Nach dem internen Teil der Versammlung unterzogen sich die regionalen Direktkandidatinnen und -kandidaten für den schleswig-holsteinischen Landtag, Robert Schall (SPD), Rixa Kleinschmidt (CDU), Matthias Dobbrunz (FDP) und Aminata Touré (Bündnis 90/Die Grünen) bei einer gut anderthalbstündigen Podiumsdiskussion den Fragen von Carsten Franke und Yannick Porepp sowie der anwesenden GdP-Mitglieder.

Thomas Gründemann

REGIONALGRUPPENTERMIN

Einladung! Schleswig-Holstein Mitte

Neumünster Seniorengruppe

Einladung zum Vierteljahrestreffen am Dienstag, 14. Juni 2022, 14:30 Uhr, im Haus Hog'n Dor, Neumünster, Klaus-Groth-Straße 37. Anmeldungen bis zum 7. Juni 2022 an Falk Dennhardt, Tel. (04392) 8950598.

Absprachen zur Seniorenfahrt 2022 werden ein Thema sein.



Robert Schall (SPD), Aminata Touré (Bündnis 90/Die Grünen), Rixa Kleinschmidt (CDU) und Matthias Dobbrunz (FDP) stellten sich bei einer Podiumsdiskussion den Fragen der Versammlung.



GEDENKREDE AM MAHNMAL FÜR DIE OPFER DES NATIONALSOZIALISMUS

Vorbildlicher GdP-Beschluss

Michael Legband würdigte DGB-Haltung

Itzehoe – In seiner Gedenkrede am 1. Mai am Mahnmal für die Opfer des Nationalsozialismus sparte Michael Legband (Foto) nicht mit Lob und Anerkennung für den Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB): „50 Jahre Gedenkarbeit am Stück, das verdient mehr als Respekt“, sagte der aus Itzehoe stammende Journalist und Autor in seiner Gedenkrede und fügte an: „Das gibt es in dieser Form nicht oft in Deutschland.“ Die organisierte Arbeitnehmerschaft habe Ausdauer bewiesen und sich an diesem bedeutenden Bauwerk immer wieder vor den Opfern der NS-Tyrannie verbeugt und vor Entwicklungen am rechten Rand der Gesellschaft gewarnt.

Der Redner hat erst kürzlich sein zweites Buch zur Geschichte des ersten Mahnmals für die NS-Opfer in Nordeuropa vorgelegt,

in dem auch das andauernde gewerkschaftliche Engagement beleuchtet wird. Der DGB sei sozusagen der älteste Pate für dieses Mahnmal, betonte Legband die Bedeutung der lang anhaltenden Gedenkserie. Als Gewerkschaftsmitglied sei er stolz auf die eindeutige antifaschistische Tradition des DGB: In diesem Zusammenhang würdigte Michael Legband die konsequente Haltung der Gewerkschaft der Polizei, die längst einen Unvereinbarkeitsbeschluss zur AfD verabschiedet hat. „Für eine klare Haltung gegen Hass, Hetze und Gewalt. Keine Zusammenarbeit mit der AfD und anderen rechtspopulistischen, -radikalen und -extremen Organisationen und Gruppen“, heißt es da. Dies sei ein Beschluss, der anderen zum Vorbild dienen könnte, so Legband. ■



Foto: Kropfius

SENIORENSEMINAR VOM 25. BIS 27. JULI 2022

– Noch wenige Plätze frei –

Ort: Martinshaus Rendsburg direkt am Kanal

Beim Seniorenseminar in Präsenz sind noch wenige Plätze frei!

Idyllisch gelegen direkt am Nordostseekanal im Rendsburger Martinshaus gibt es Neuigkeiten bei Verkehrsregeln, Infos über Verbraucherrechte, Infos über die Geschichte des Nordostseekanals, Besuch der Ausstellung „Nord-Art“ und Hilfe durch ein „Denktraining“ und noch mehr ... Geplant sind am zweiten Abend ein gemütliches Beisammensein und bei genügend Beteiligung am ersten Abend ein Besuch der Bowlingbahn (auf eigene Kosten). Für Mitglieder der Seniorengruppen wird ein Eigenanteil von 60 € erhoben, der (Ehe)Partner kann mitkommen, das kostet 140 €.

Anmeldungen bitte an dorith.schulz@gdp.de oder Tel. (0431) 1221015 (Anmeldeschluss ist der 15. Juni 2022)

Mein Schiff.

Eine Klasse für mich.



URLAUB VORAUSS.

Östliches Mittelmeer
ab Kreta I

Mein Schiff Herz

09.09.2022

7 Nächte • Innenkabine
ab/bis Kreta

ab

849 €**

Malta bis Mallorca

Mein Schiff Herz

30.09.2022

7 Nächte • Innenkabine
ab Malta/bis Mallorca

ab

699 €**

PREMIUM ALLES INKLUSIVE*

HIER
ATTRAKTIVE
ANGEBOTE
SICHERN



PSW Reisen

Kiel

Tel: 0431 - 170 93

Mail: psw-reisen.kiel@t-online.de

Lübeck

Tel: 0451 - 50 21 736

Mail: psw-reisen.luebeck@t-online.de



* Im Reisepreis enthalten sind ganztägig in den meisten Bars und Restaurants ein vielfältiges kulinarisches Angebot und Markengetränke in Premium-Qualität sowie Zutritt zum Bereich SPA & Sport, Entertainment und Kinderbetreuung.

** Preis p.P. im PLUS-Tarif (limitiertes Kontingent) bei 2er-Belegung einer Innenkabine ab/bis Hafen. An- und Abreise per Flug ab/bis Deutschland zubuchbar.

Leinen los für Ihren Mein Schiff-Wohlfühl-Sommer 2022!

TUI Cruises GmbH · Heidenkampsweg 58 · 20097 Hamburg · Deutschland
Stand: 05/2022



Foto: Thomas Gründemann

Auch beim DGB-Wahlcheck im „Alten Güterbahnhof“ kurz vor der Landtagswahl in Kiel wiederholte Torsten Jäger (links) in Gegenwart von Vertretern der aktuell im Landtag vertretenen demokratischen Parteien die Forderungen der GdP an eine künftige Landesregierung. Für den erkrankten Daniel Günther vertrat Tobias Koch die Positionen der CDU. Für die FDP waren es Bernd Buchholz, für Bündnis 90/Die Grünen Monika Heinold sowie für die SPD Thomas Losse-Müller und Lars Harms für den SSW.

GdP-INFORMATION

Gesetzentwurf zur Ruhegehaltfähigkeit der Polizeizulage für Bundespolizei auf den Weg gebracht

Landes-GdP fordert: Umsetzung auch für schleswig-holsteinische Polizistinnen und Polizisten sowie Ruheständler

Kiel Konkret formuliert heißt es in dem aktuellen Gesetzentwurf von Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) für die Bundespolizei: „In Anlehnung an den früher für einen mehrjährigen Zeitraum geltenden Rechtszustand wird die Ruhegehaltfähigkeit der Polizeizulage wiederhergestellt. Dies gilt auch für Beamtinnen und Beamte, die bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes in den Ruhestand getreten oder versetzt worden sind und bei denen die Polizeizulage aufgrund des Versorgungsreformgesetzes 1998 bisher nicht ruhegehaltfähig war.“

„Das ist eine gute und richtige Entscheidung auf Bundesebene und erhöht den politischen Druck in Schleswig-Holstein. Auch unsere Kolleginnen und Kollegen im Polizeivollzugsdienst und im Ruhestand haben zu Recht den Anspruch und die Erwartungshaltung, dass ein Fehler der Vergangenheit endlich wieder korrigiert und die Ruhegehaltfähigkeit der Polizeizulage hier ebenfalls wiederhergestellt wird“, so der GdP-Landesvorsitzende Torsten Jäger.

Dass sowohl die CDU als auch FDP dieses Vorhaben in ihr Wahlprogramm geschrieben haben, ist bemerkenswert und erfreulich. Auch entsprechende positive Signale von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und SSW bei GdP-Veranstaltungen lassen hoffen, dass auch da die Notwendigkeit der Wiedereinführung der Ruhegehaltfähigkeit der Polizeizulage inzwischen eingesehen wird. „Unsere Erwartung an eine neue Landesregierung – in welcher Konstellation auch immer – ist damit klar. Die GdP erwartet zeitnah eine gleichlautende Gesetzesvorlage“, unterstreicht Torsten Jäger.

Thomas Gründemann

DANKE!

FÜR EUREN EINSATZ IN DER PANDEMIE



Musik von **BAO** und **DJ Harfe**

Die GdP-Flashlightparty ist zurück!

10.06.2022

Einlass ab 20 Uhr

Wunderino-Arena Kiel · Seiteneingang Ziegelteich

Eintritt GdP-Mitglieder 5 €, alle anderen 8 €
 Vorverkauf GdP-Geschäftsstelle, Max-Giese-Str. 22, Kiel (zu den Bürozeiten)
 Abendkasse Falls noch Karten vorhanden sind, wird es eine Abendkasse geben.

Es gilt die aktuelle Corona-Bekämpfungsverordnung des Landes SH. Eingeladen sind alle Angehörigen der Polizei, Justiz, Bundespolizei, des Zolls, der Rettungsdienste und das medizinische Personal der Krankenhäuser (Dienstausweis mitbringen).

Veranstalter Gewerkschaft der Polizei - Regionalgruppe Kiel-Plön